

Kiel, 12.07.2007

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 25 - Aktionsplan für mehr Dänisch-Unterricht im Landesteil Schleswig (Drucksache 16/1467 und 16/1509)

Detlef Buder:

Erst eine Bestandsaufnahme, dann weitere Schritte

Ich will es Ihnen und mir ersparen, hier erneut die zahlreichen Gründe dafür aufzuzählen, warum möglichst alle Menschen so viele Fremdsprachen wie nur möglich erlernen sollten. Ich will es Ihnen und mir ebenfalls ersparen hervorzuheben, dass die Sprache des jeweiligen Nachbarlandes aus den verschiedensten ökonomischen, kulturellen und mentalen Gründen einen besonders hohen Stellenwert hat.

Meine Fraktion wird dennoch den vom SSW vorgelegten Antrag nicht unterstützen, wonach die Landesregierung kurzfristig einen Aktionsplan vorlegen soll, mit dem möglichst alle Einwohner Schleswigs zum Dänisch lernen verpflichtet werden sollen.

Zum einen erschließt es sich mir überhaupt nicht, warum Sie mit Ihrem Antrag **das flächenmäßig kleine Bundesland Schleswig-Holstein in die historischen Landesteile Schleswig und Holstein aufteilen** wollen. Die vielen Gründe, die dafür sprechen, dänisch zu lernen, zu lesen und zu sprechen, sind nicht an die Präsenz der dänischen Minderheit gebunden, und das potentielle Interesse am dänischen Arbeitsmarkt erlischt nicht in dem Moment, in dem man die Eider nach Süden überschreitet.

Unser Bundesland Schleswig-Holstein und nicht nur der Landesteil Schleswig ist im Rahmen der Ostsee- und der Nordseekooperation, aber auch ganz besonders bilateral der Partner Dänemarks. Wenn wir uns daher darauf einigen, dass dem Erlernen des Dänischen bei uns ein höherer Stellenwert zukommt als, sagen wir, einem Thüringer oder Badener, dann kann dieses Argument nur für das gesamte Bundesland gelten.

Wir reden immer von Autonomie der Schulen. Wir sind auch häufig mit Forderungen von Schülern und Eltern konfrontiert, das Fremdsprachenangebot an unseren weiterführenden Schulen, besonders den Gymnasien, vielfältiger zu gestalten, als wir dies im Moment mit den vorhandenen Personalressourcen und den Qualifikationen unserer Lehrkräfte tun können. Das setzt aber auch voraus, dass die Schüler und ihre Eltern im Rahmen der aktuell vorhandenen und noch zu schaffenden Fremdsprachenangebote **Schwerpunkte setzen** können.

Am Englischen als wichtigster Fremdsprache führt nichts vorbei. Durch welche Welt-sprachen, welche europäischen Nachbarsprachen, aber auch - warum nicht? - durch welche „less used language“, z. B. das Friesische, die sprachliche Qualifikation ergänzt werden kann, sollten wir nicht obrigkeitsstaatlich regeln. Wir haben uns daher das Ziel des SSW nicht zu eigen gemacht, den Dänischunterricht in Kindertagesstätten und Schulen obligatorisch vorzugeben.

CDU und SPD legen deshalb als **Änderungsantrag** einen Berichtsantrag an die Landesregierung vor. Wir bitten darin das Ministerium, uns das ihm zur Verfügung stehende Zahlenmaterial über die Entwicklung des Dänischunterrichts an Kindertagesstätten, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen darzulegen. Auch wenn es sicher schwer quantitativ zu erfassen ist, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass Sprachkurse heute in sehr unterschiedlicher medialer Form stattfinden, von denen der gute alte Volkshochschulkurs nur eine Form ist.

Wir bitten in unserem Berichtsantrag die Landesregierung auch um eine Einschätzung der Möglichkeiten, wie die Motivation der Mehrheitsbevölkerung zum Erlernen des Dänischen stimuliert werden kann. Wenn die Landesregierung uns diesen Bericht vorgelegt hat, werden wir im Plenum und im Ausschuss darüber beraten, ob es weiterer Vorgaben bedarf, um diese Motivation zu fördern.

Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag.